



Klarheit in Genf

Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß in Genf haben sich die Geister klar und deutlich geschieden. Die Verhandlung war am 27. November an dem Hauptbollwerk angelangt, das die Franzosen zum dauernden Schutz ihrer militärischen Uebermacht gegenüber Deutschland in den Abrüstungsentwurf eingebaut haben wollen. Der Ausschuss soll beschließen, daß die bereits bestehenden Abrüstungsverpflichtungen, also die Entwaffnung Deutschlands und seiner früheren Bundesgenossen, durch die etwaigen Beschlüsse der künftigen Abrüstungskonferenz nicht berührt werden können. So war auf Antrag Frankreichs schon im Jahre 1927 bei der ersten Lesung des Entwurfs beschlossen worden, wobei Deutschland einen grundsätzlichen Vorbehalt anmeldete. Jetzt bei der zweiten Lesung hat der englische Vertreter, Lord Cecil, in kaltblütiger Verkennung der Haltung, die der englische Minister des Aeußern, Henderson, vor wenigen Wochen eingenommen hat, jenen Antrag, der in seinem Artikel 1a des Entwurfs geworden ist, aufs neu, bekräftigt, und der französische Vertreter hat ihn dahin verschärft, daß die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge die Vorbedingung für das Inkrafttreten eines Abrüstungsabkommens bilden müsse. Ein deutscher Antrag auf Streichung des Artikels ist gegen die Stimmen Deutschlands, des Rätebundes, Italiens, der Türkei und Bulgariens abgelehnt worden, und es besteht kein Zweifel, daß die Ausschlußmehrheit den Artikel in den endgültigen Entwurf, welcher der Abrüstungskonferenz zugehen soll, einfügen wird. Graf Bernstorff hat darauf erklärt, daß er keinen Entwurf mit diesem Artikel unterzeichnen werde; er werde vielmehr die Einfügung des Artikels zum Anlaß nehmen, den ganzen Entwurf abzulehnen.

Graf Bernstorff hat dem ganzen deutschen Volk aus der Seele gesprochen. Deutschland strebt nicht nach einer Abrüstung für sich, aber gerade deshalb kann es nur eine Abrüstung gelten lassen, die einen Rüstungsausgleich zwischen ihm und den Siegerstaaten herbeiführt und damit die notwendigste Voraussetzung seiner Sicherheit erfüllt. Die jetzt durch die militärische Uebermacht seiner Nachbarn aufs schwerste gefährdet ist. Eine Abrüstung, die grundsätzlic dieses Mißverhältnis unangetastet läßt, ist für uns wertlos, und man hätte uns nicht vor sechs Jahren zu den Abrüstungsarbeiten einzuladen brauchen, wenn man für sich selbst nur einige scheinbare Zugeständnisse an die Völkerverbündigung machen, die Rechtsgleichheit aber verwahren wollte. Glaubt man im Ernst, daß wir unsere Unterdrückung dazu hergeben würden, noch einmal die Entwaffnungsbestimmungen des Versailles Vertrags zu unterzeichnen? Ja, noch mehr, eine Auslegung dieses Vertrags anzuerkennen, deren Rechtmäßigkeit wir bisher immer bestritten haben? „Der Irrtum des Grafen Bernstorff“, schrieb der „Temps“ schon im Jahr 1927 mit bezeichnendem Ironismus, „besteht darin, daß er nicht versteht, daß es zwischen Deutschland und den andern Staaten keine Gleichheit des Rechts und der Tatsachen geben kann, denn die andern haben volle Handlungsfreiheit, während das Reich als Folge seiner Niederlage durch einen Vertrag, den keine internationale Konferenz außer Kraft setzen oder ändern kann, entwaftet ist. Das ist die Mauer, an der alle Anstrengungen der Deutschen zerbrechen werden.“ Diese Auffassung hat Tardieu in seiner letzten Rede noch durch die Behauptung übersteigert, daß die Verträge nur Deutschland, aber nicht den Siegerstaaten die Verpflichtung zur Abrüstung auferlegten; für sich selbst hätten die Sieger nur eine „Möglichkeit“ der Abrüstung zugestanden.

Dr. Curtius hat Tardieu geantwortet, daß seine Ansicht von der Abrüstung den Bestand des Völkerverbundes und aller andern Friedensversicherungen aufs schwerste gefährdet, da diese alle auf Gleichberechtigung der Völker und Vertragsfreiheit beruhen. Was von der Ansicht Tardiens gilt, gilt auch von der Klausel, der am 27. November die Mehrheit in Genf zugestimmt hat. Wenn die Franzosen ihre Haltung nicht ändern, so kann es sehr wohl dahin kommen, daß an der „Mauer“ des Friedensvertrags, die der „Temps“ uns drohend vorhält, der ganze Völkerverbund zerfällt.

Die Reichsanstalt zum neunten Schuljahre

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nimmt zu dem Vorschlage der preussischen Regierung, die Arbeitslosigkeit durch Einführung eines neunten Schuljahres zu verringern, Stellung. Zunächst wird bemerkt, daß durch ein neuntes Schuljahr nur für einen einzigen Jahrgang arbeitspolitische Ergebnisse erzielt würden, da ja in den folgenden Jahren wieder vollbesetzte Jahrgänge ins Erwerbsleben hinaustreten würden. Die preussische Regierung hatte berechnet, daß durch die Maßnahme 250 000 jugendliche Arbeiter für ein Jahr dem Arbeitsmarkt ferngehalten würden. An dieser Berechnung müssen bei näherer Prüfung einige nicht unwesentliche Berichtigungen vorgenommen werden. Das neunte Schuljahr besteht bereits in Schleswig-Holstein und ferner, — allerdings

nur für Knaben — im Landesteil Lübeck des Freistaats Oldenburg. Dagegen ist in Bayern und Württemberg die achtjährige Schulpflicht noch nicht voll durchgeführt.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts beträgt die Zahl der schulpflichtigen Jugendlichen, die im Jahr 1931 in das Erwerbsleben (außer Land- und Forstwirtschaft) eintreten würden, rund 257 000. Es muß jedoch angenommen werden, daß der Erlaß für diese in der Schule festgehaltenen Jugendlichen nicht allein durch Rückgriff auf ältere Jahrgänge erfolgen wird. Die statt Lehrlingen einzustellenden älteren Jahrgänge jugendlicher sind leistungsfähiger und müssen höher bezahlt werden. Die Reichsanstalt glaubt daher, daß nur etwa 125 000 Personen aus andern Altersklassen als Erlaß eingestellt werden. An sich besteht durchaus die Möglichkeit, diesen Mehrbedarf aus arbeitslosen Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr zu decken. Eine Gefährdung des Facharbeiternachweises ist nach Ansicht der Reichsanstalt nicht zu befürchten, da die Zahl der Lehrstellen in den letzten Jahren dauernd zurückgegangen ist und genügend beschäftigungslose Bewerber für Lehr- und Unterklassen aus früheren Jahrgängen zur Verfügung stehen. In den Jahren 1927/28 bis 1929/30 sind überreichlich unbeschäftigte Lehrstellenanwärter vorhanden, um den durch Einführung des neunten Schuljahres im Jahr 1931 eintretenden Ausfall zu decken. Erwähnt wird auch, daß kleine und leistungsschwache Betriebe lieber auf die Einstellung von Lehrkräften ganz verzichten, als daß sie höher bezahlte Arbeitskräfte einstellen.

Die Hauptbedenken gegen die Einführung eines neunten Schuljahres sind die Belastung der Familien und die zu erwartende zunehmende Abneigung der Eltern, ihren Kindern eine ordnungsgemäße Berufsausbildung zu geben. Wenn die Landwirtschaft von der Neuordnung ausgenommen würde, würde sich eine stärkere Ueberlastung jugendlicher Arbeitskräfte in die Landwirtschaft ermöglchen lassen. Zur Entlastung der Eltern wäre es weiter erforderlich, daß sich an den Schulbesuch anschließende Fachschulausbildung für den betreffenden Jahrgang abzuführen.

Zu dem Beweismittel, die Einführung des neunten Schuljahres würde nicht nur die Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auch der finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung dienen, bemerkt die Reichsanstalt, daß ein beträchtlicher Teil der für die ausgefallenen 14-Jährigen einzustellenden Arbeitskräfte den Richtunterstützten entnommen würde. Die Reichsanstalt glaubt, mit einer Entlastung um nur 40 000 Personen rechnen zu dürfen, was eine einmalige Ersparnis von 21 bis 22 Millionen Mark ergeben würde. Die Art der schulmäßigen Erziehung der Jugendlichen dürfe unter keinen Umständen die freie Berufswahl beeinträchtigen. Das zusätzliche Schuljahr müßte so gestaltet werden, daß dadurch die elementare Allgemeinbildung vertieft, die Vorbereitung auf das Berufsleben verbessert und eine allgemeine Förderung der Handfertigkeit erreicht würde.

Doch Notverordnung

Die Antwort der Sozialdemokratie

Berlin, 30. Nov. Die Sozialdemokratie hat ihre Stellungnahme zum Finanzprogramm am Freitag abend dem Reichskanzler schriftlich bekanntgegeben. Die Antwort ist nicht so ausgefallen, wie der Kanzler erwartet hatte, daß nämlich das Finanzprogramm mit Hilfe der Sozialdemokratie von einer Reichstagsmehrheit angenommen werden könnte. Das Reichskabinett hat daher beschlossen, das Programm auf dem Weg der Notverordnung durchzuführen.

Die Notverordnung soll am Sonntag ausgearbeitet und sofort dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden, worauf sie am Montag oder Dienstag veröffentlicht würde. Der Reichskanzler verhandelte am Samstag wieder mit den Fraktionsführern. Die Besprechungen hatten den Zweck, zu verhindern, daß im Reichstag wieder eine Mehrheit für die Ablehnung der Notverordnung zustande komme, wie es bei der Notverordnung vom Juli der Fall war. Um daher die Sozialdemokratie, auf die es in erster Linie ankommt, nicht in die Opposition zu drängen, soll auf die sozialdemokratischen Wünsche in einer Ergänzungsverordnung weitestgehend Rücksicht genommen werden, wie der Reichskanzler bereits mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun abgesprochen hat. Die neue Notverordnung, die später dann ebenfalls dem Hauptausschuß des Reichstags zugeleitet wird, würde somit nach der Meinung des Reichskabinetts Aussicht auf Billigung durch eine Ausschlußmehrheit haben.

Neue Nachrichten

Die Deutschen fordern Austritt aus dem Völkerverbund

Berlin, 30. Nov. Dr. Hugenberg hat namens der Deutschnationalen Volkspartei an den Reichskanzler Brüning folgendes Telegramm gerichtet: „Die Vorgänge in der Genfer Abrüstungskonferenz enthüllen kraft den bösen Willen Frankreichs und der seine Rüstungspolitik stützenden Staaten in der für die Erhaltung des europäischen Friedens entscheidenden Abrüstungsfrage. Sie widerlegen zugleich Kurs und Methoden der bisherigen deutschen Außenpolitik. Angesichts dieser Erfahrungen und angesichts der für die ungeschädigte Ostmark durch Polens Gewaltdrohungen entstandenen Gefahr wiederholen wir heute nachdrücklich unsere Forderung auf Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Rüstungsfreiheit. Bei Nichtanerkennung dieses Rechts durch die Verfallener Vertragsregner halten wir den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund, in dem die Gleichberechtigung zur hohlen Redensart wurde, für unerlässlich.“

Die deutsche Note

Berlin, 30. Nov. Der deutsche Generalkonsul in Genf hat gestern im Auftrag der Reichsregierung dem Generalsekretär des Völkerverbundes das Schriftstück über die Gewalttaten in Polnisch-Oberschlesien übergeben. Es besteht aus der eigentlichen Note, dem Beweismaterial und Schlußfolgerungen. Die Note ist in einer deutschen Text übergeben worden, das Völkerverbandssekretariat wird die Note in französisch und englisch überfassen. Die Veröffentlichung der Schriftstücke wird nicht vor Mittwoch erfolgen. Es ist an eine gleichzeitige Veröffentlichung in Berlin und Genf gedacht. Die Note stützt sich auf Artikel 72 des oberösterreichischen Abkommens und nicht auf Artikel 11 des Völkerverbandsstatutes.

Aufruf der bayerischen Regierung

München, 30. Nov. Die bayerische Staatsregierung hat einen Aufruf zur Vinderung der Not in den Wintermonaten erlassen. Staat und Gemeinden könnten allein die Not nicht überwinden. Auch die Kräfte der Organisation, der freien Wohlfahrtspflege reichen dazu nicht aus. Das Elend könne nur überwunden werden, wenn die Gesamtheit des Volks zusammenstehe. Wer noch ein, wenn auch bescheidenes Auskommen habe, sei verpflichtet, den Völkerverbunden zu helfen, die sich in der unglücklichen Lage befinden.

Hitler über den nationalsozialistischen Gedanken

Bremen, 30. Nov. In einer Wahlversammlung für die bremischen Bürgerchaftswahlen sprach hier Adolf Hitler. Heute sehe ein großer Teil der Politiker die Rettung in der Lösung von Tagesfragen, während der Keim des Verfalls bereits im deutschen Volkshörner arbeite. Die drohende Katastrophe liege in der Krankheit, nicht der Wirtschaft, sondern des politischen Lebens. Nur unter den Fittichen politischer Kraft könne die Wirtschaft gedeihen. Im Kampf um die Begriffe Nationalismus und Sozialismus sei das Reich zerrieben und gestürzt worden. Erst jetzt durch die große Not lerne auch der Proletarier begreifen, daß sein Leben gebunden sei nicht an eine Klasse, sondern an das Leben der Nation. Jetzt sei wiederum der Zeitpunkt da, wo die Entscheidungsfrage gestellt werde: Sind wir noch ein Volk, sollen wir als Volk wieder gemeinsam in Erscheinung treten, oder uns auf ewig in Klasseninteressen spalten? Die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung bestehe lediglich darin, daß wir aufhören, uns als Marxisten oder als patriotische Bürger zu fühlen, denn keine dieser beiden Richtungen sei stark genug, die andere zu überwinden und in sich aufzunehmen. Es müsse eine Brücke gefunden werden, die die beiden Lager Nationalismus und Sozialismus miteinander verbindet. Wenn irgend jemand die neue Brücke finden könne, so sei es der Frontsoldat. Wenn Generale und Offiziere verzögerten, dann werde der Muskettier zum Träger des neuen Deutschtums werden.

Ein Vortrag Dr. Göbbels in Kopenhagen verboten

Kopenhagen, 30. Nov. Die Studentenschaft von Kopenhagen hatte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Göbbels zu einem Vortrag eingeladen. Die sozialistische Regierung in Dänemark hat jedoch die Abhaltung des Vortrags verboten.

Das Kabinett Tardieu wankt

Paris, 30. Nov. Mit Bezug auf den Rücktritt der Staatssekretäre Lautier und Falcony, die auch in den Fall Duffric verwickelt waren, brachte Abg. Landry (Gruppe Loucheur) eine Tagesordnung ein, die von Tardieu bekämpft wurde. Die Tagesordnung wurde mit 293 gegen

Saxin Das ideale Abführ-Konfekt

279. also mit der geringen Mehrheit von 14 Stimmen abgelehnt. Eine Vertrauenserklärung für die Regierung Tardieu wurde darauf mit 303 gegen 14 Stimmen angenommen, 292 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Tatsächlich blieb also Tardieu mit drei Stimmen in der Minderheit.

Rücktritt des Kabinetts Pilsudski

Warschau, 30. Nov. Der Diktator und Erminister Pilsudski kündigte an, daß er aus Gesundheitsrücksichten in nächster Zeit zurücktreten werde. Das Kabinett werde durch den früheren Ministerpräsidenten Slawek neu gebildet werden.

Bergarbeiterstreik in England?

London, 30. Nov. Die Einführung des gesetzlichen 7¼-Stundentags im englischen Bergbau ab 1. Dezember hat zu einem Bruch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Südwales geführt, während in den meisten anderen Kohlengebieten Abkommen mit gleichbleibenden Löhnen getroffen wurden. In dem Streit wurde am 28. November der Reichsindustriekongress angerufen, die Arbeitgeber bleiben über fern. Die Arbeitnehmer verlangten eine Lohnerhöhung. Der Industriekongress sprach sich dahin aus, daß die Löhne in Südwales nicht verringert werden sollen. Die Arbeiter wollen streiken, aber ungünstig für sie ist, daß ungeheure Kohlenvorräte in Wales auf den Halben liegen und daß die Gewerkschaften keine genügenden Mittel mehr haben.

Der Bergarbeiterverband hat den Antrag einiger Bergwerksbezirke, an Stelle des streikenden 7¼-Stundentags eine abgestufte Arbeitszeit zu legen, abgelehnt. Die Regierung hat beide Parteien zur Verständigung ermahnt. Wenn dies nicht gelingt, so würde in den betreffenden Bezirken am Montag der Streik von etwa 300.000 Bergarbeitern beginnen, dem vielleicht die Arbeitsniederlegung in allen Kohlenbergwerken des Landes folgen würde.

Gröner über die Abrüstung

Berlin, 30. Nov. Dem Chefredakteur des W. V. erklärte Reichswehrminister Gröner:

Die Zahl der jetzt unter Waffen stehenden Männer — unter Ausschluß der Mittelmächte — hat sich allein in Europa um nahezu 500.000 Mann erhöht. Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben allein abgerüstet 6 Millionen Gewehre und Karabiner, 130.000 Maschinengewehre, 60.000 Geschütze, 15.700 Flugzeuge, 27.700 Flugzeugmotoren, 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen und eine in die Hunderte von Millionen gehende Zahl von Munition aller Art wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen, schwere Geschütze, Tanks, Luftschiffe usw. mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Westen sind gekleistert. Für die Düstertage ist mit Ausnahme von Königsberg jede Geschützausstattung und jeder weitere Ausbau verboten. Frankreich besitzt 3 Luftdivisionen mit etwa 1600 Flugzeugen und den 1172 schweren Geschütze. Unter den Augen der Kontrollkommission sind 10.000 Fabrikbetriebe zerstört oder so umgestellt worden, daß die Herstellung von Kriegsmaterial unmöglich ist. 600 vollständige Gebäude wurden dem Erdboden gleichgemacht. Allein bei den „Deutschen Werken“ wurden 15.000 Maschinen vernichtet. Wie kann das deutsche Heer die französische Sicherheit bedrohen, wenn es nur 288 Feldgeschütze den 2700 leichten und schweren Geschützen Frankreichs gegenüberstellen kann? Frankreich hat im letzten Jahr 14,2 Milliarden Francs, also dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet wie Deutschland. Das deutsche Heer mit 100.000 Mann steht im Westen dem französischen und britischen Heer mit 740.000 aktiven Soldaten gegenüber. Polen und die Tschechoslowakei haben 540.000 aktive Soldaten, davon 74.000 Berufssoldaten. Außerdem können unsere Nachbarn 8 Millionen in ein- und zweijähriger Dienstzeit ausgebildete Reserven einlegen, während Deutschland jede Möglichkeit genommen ist, seine Bevölkerung irgendwie militärisch auszubilden. Das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit ist berechtigt und in der Völkervereinigung verankert. Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Sondersteuer statt Gehaltskürzung?

Berlin, 30. Nov. Die gestrige letzte Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern soll nach der W. V. das Ergebnis gehabt haben, daß die Regierung auf die Gehaltskürzung verzichtete, dagegen eine Sondersteuer von 6 v. H. auf die Beamtengehälter legen wolle. Das Notopfer, das vom 31. März auf hören würde, solle zum höheren Satz von 6 v. H. statt 2½ forterhoben, von der Kürzung der Pensionen aber abgesehen werden.

Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elisabeth Borchardt.

44. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Die Freunde Wolf Dietrichs wetteiferten, der jungen Frau ihre achtungspollen Huldigungen darzubringen und beneideten den Bräutigam um das Glück, das er in doppelter Hinsicht gemacht hatte. Auch neckten sie ihn weidlich, weil er sie hinter das Licht geführt hatte mit seiner Geheimnisträumerei, und meinten, er hätte nur Angst gehabt, einer von ihnen könnte ihm die Braut wegkapern, und darum hätte er sie in Notenselbe verborgen gehalten und niemand gezeigt. Wolf Dietrich ging mit strahlender Miene auf diese launigen Redereien ein und auch Jutta lächelte und unterdrückte tapfer, was sich dabei in ihrem Herzen losrang an Schmerzlichem und Bitterem.

Auch als die Toaste ausgebracht wurden, war es ihr öfter, als wenn eine rauhe Hand an eine schmerzhaft Wunde tastete.

Nicht die guten Worte ihres Vaters, die ihr eindringlich vor Augen führten, was sie mit dem heutigen Tage übernommen hatte, auch nicht seine Erinnerung an den gütigen verstorbenen Onkel waren es, sondern das, was durch die beglückwünschenden Worte der anderen beabsichtigt und unbeabsichtigt klang: „Du bist nun doch Herr von Notenselbe und hast dich ins warme Nest gesetzt.“ Ja, — das war es.

Wolf Dietrich suchte zuweilen verstoßen die Hand seiner jungen Frau zu ergreifen und zärtlich zu drücken. Sie bildete es mit gemischten Gefühlen.

Run war auch das überstanden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 29. November.

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit

In der gestrigen Sitzung des Landtags rügte Präsident Pflüger die sog. und komm. Abgeordneten, die sich gestern Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen hatten, wie sie der Würde des Hauses nicht entsprechen. Dann setzte man die Besprechung der Großen Anfrage über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit fort.

Abg. Mayer (D. V.) vertrat die Ansicht, daß man mit Arbeitszeitverkürzung nicht weit komme, daß nur Mehrarbeit helfen könne und daß man die Mädchen aus den Betrieben herausholen sollte, um den Männern Platz zu machen. Abg. Ulrich (Soz.) trat den Bestrebungen auf Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung entgegen und wünschte internationale Vereinbarungen zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Die einzige Möglichkeit für die Hebung der Rentabilität der Landwirtschaft sei die Einführung eines Getreidemonopols. Die Regierung solle eine Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen in Höhe von 800.000 Mark gewähren. Abg. Gengler (Z.) glaubte in dem Sanierungsplan der Reichsregierung die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erblickt zu können. Abg. Hugel (D. V.): Frankreich habe keine Arbeitslosigkeit, weil es die Renten nicht kaputt gemacht und so die Kaufkraft des Volkes erhalten habe. Der Redner verlangte eine ernste Nachprüfung über die angebliche Rentabilität des Neckarkanals. Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) setzte sich dagegen für den Neckarkanal ein; dessen Rentabilität könne man allerdings erst berechnen, wenn einmal die Schiffe von Rotterdam bis Heilbronn fahren. Abg. König (C. D.) stellte darauf den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, durch unparteiliche Sachleute ein Gutachten über die Rentabilität des Neckarkanals ausarbeiten und dem Landtag vorlegen zu lassen, ferner durch Verhandlungen die Frage zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen Württemberg von bestehenden vertraglichen Verpflichtungen für den Weiterbau des Neckarkanals befreit werden kann, sowie festzustellen, welche weiteren Baumaßnahmen am Neckarkanal unbedingt notwendig sind, um die bisher durchgeführten Bauarbeiten zu einem Abschluß zu bringen, der die nutzbringende Bewertung der schon fertiggestellten Bauten ermöglicht.

Dann folgte die zweite Beratung eines Ausführungsgesetzes über die Bürgersteuer, wozu der Steuerauschuß eine Entschließung beantragte, das Staatsministerium zu ersuchen, den Landesdurchschnitt der Gemeindesteuern nach der Verordnung des Reichspräsidenten im Benehmen mit dem Steuerauschuß des Landtags festzusetzen. Die Abgg. Winkler (S.) und Albert Fischer (Komm.) sprachen sich gegen die Bürgersteuer aus, während die Abg. Häcker (D. V.), Dr. Burger (D. V.) und andere darauf hinwiesen, daß die Regierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zu diesem Gesetz verpflichtet sei, das keinesgleichen in den freiheitlichsten Ländern der Welt schon längst habe und sicher eine segensreiche Wirkung haben werde. Ministerialdirektor Dr. Fischer sicherte zu, daß jede Aenderung der Bürgersteuer im Reich sich sofort auch auf die Länder auswirken werde. Nach weiterer teilweise erregter Aussprache wurde das Gesetz in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abg. Schüler (S.) begründete noch eine Große Anfrage seiner Partei betr. den Wohnungsbau. Staatspräsident Dr. Bolk wies darauf hin, daß Württemberg im Jahr 1930 wieder 29 Millionen für den Wohnungsbau ausgegeben habe, daß 9240 Neubauwohnungen damit finanziert wurden und daß außerdem 1,3 Millionen für Instandsetzung alter Wohnungen ausgegeben worden seien. Seit Bestehen der württ. Wohnungsbauförderung wurden im ganzen bisher 54.000 Wohnungen erstellt. Die Bewirtschaftung des Wohnraums habe sich allmählich überlebt, aber die Mieter müßten weiter geschützt werden gegen willkürliche Kündigungen und Mietsteigerungen. Es sei mißlich, wenn das Reich die Länder zwingt, die Hälfte der bisher für den Wohnungsbau verwendeten Mittel der Gebäudeversicherungsteuer für den allgemeinen Finanzbedarf zu verwenden, um dafür die Realsteuern zu senken. Ein ganz besonderes Uebel aber sei es, wenn man nun anfangen wolle, auch im Wohnungsbau von Berlin aus einzugreifen.

Mit Liebe

und Sorgfalt muß man die Haare waschen und dazu nur das milde Helipon nehmen. — In das warme Nachspülwasser tue jetzt auf 1 Liter nur 2 Eßlöffel voll Weinessig und dann werden die Haare noch prachtvoller! Aussüßlich „Helipon“ verlangen. Preis 30 g = 2 oder 3 Waschg. Es ist immer noch das günstigste Mittel zur Haarpflege.

Die Gäste brachen auf und fuhren heim. Juttas Eltern Schwester und Schwiegermutter blieben noch eine Weile mit dem Brautpaar im Wohnzimmer zusammen und trennten sich dann für die Nacht.

Als Lieselotte ihre Schwester Gute Nacht wünschte, war es Jutta, als müßte sie sie festhalten. Dann ließ sie sie doch mit den anderen gehen.

Run waren die beiden Gatten allein. Wolf Dietrich breitete die Arme aus und zog Jutta an seine Brust.

„Mein Weib,“ jagte er, und der weiche zärtliche Tonfall seiner Stimme ließ sie bis ins Mark erschauern. Wie selbstvergessen ruhte sie sekundenlang in seinen Armen und duderte seine Küsse. Dann machte sie sich schnell frei und stand nun hochamend, aber in stolzer kühler Haltung vor ihm.

„Dieter — ich habe alles beim alten gelassen und meine Zimmer im ersten Stock beibehalten — es ist mir bequemer so, jagte sie ruhig. „Deine Zimmer liegen neben denen des Onkels, und ich hoffe, sie werden nach deinem Geschmack sein. Und nun — gute Nacht — schlaf wohl.“

„Jutta — aber Jutta!“ rief er bestürzt. Sie aber machte eine abwehrende Handbewegung, die auch ein Gruß sein konnte, und schritt zur Tür.

Im nächsten Augenblick war er allein und wußte zunächst nicht, ob er wache oder träume. Das war ja soeben ein höchst seltsamer Abschied für ein neugebathenes Ehepaar an seinem Hochzeitstage gewesen, aber es war auch wieder so ganz Jutta. Bei der mußte man auf alles mögliche gefaßt sein, in ihrer herben Schuldigkeit. Nun gut, er wollte ihren Willen respektieren. Später, wenn sie erst allein waren, gab sich das von selbst. Aber die frohe Hochzeitsstimmung war ihm doch verdorben.

Der Reichszwang, möglichst keine Wohnungen zu bauen, habe Bedenken aus städtischen und hygienischen Gründen. Der Staatspräsident betonte die gefestigte Stellung, den guten Ruf und die Kreditfähigkeit der Wohnungskreditanstalt und erhoffte auch für 1931 ein günstiges Ergebnis.

Wohnungsbau

In der Sitzung am Samstag wurden zunächst die verschiedenen Anträge betreffend Winterbeihilfe für die Erwerbslosen dem Finanzauschuß überwiesen. Zugestimmt wurde dem Staatsvertrag mit dem Reich betreffend Neckarkanal durchsichtig. Abgelehnt wurde der Antrag des Christl. Volksdienstes auf nochmalige Prüfung der Rentabilität des Neckarkanals. Abgelehnt wurden ferner die kommunistischen Anträge betreffend Arbeitsbeschaffung.

Bei Besprechung der Großen Anfrage betreffend den Wohnungsbau wies Abg. Andre (Z.) darauf hin, daß das Bauen sehr billiger geworden sei. Für die Altmwohnungen sollten vorerst keine Erhöhungen der Mietpreise stattfinden. Für Kinderreiche müsse man besonders sorgen. Die Wohnraumbewirtschaftung müsse in absehbarer Zeit fallen; der Staat müsse den Mut haben, hier Schluß zu machen. Abg. Roth (Dem.): Der Respekt vor dem Reichsmietengesetz sei nicht sehr groß, denn überall zeige sich, daß die Mietpreise nicht eingehalten werden. In einer Periode der allgemeinen Lohn- und Gehaltsenkung dürfe es keine Mietsteigerung geben. Abg. Möhmer (Soz.): Die teuren Wohnungen werden bald keine Mieter mehr bekommen, wenn die rückläufige Bewegung bei den Löhnen anhalte.

Für die Wohnungskreditanstalt erklärte Präsident Dr. Nischele, es werde im kommenden Jahr ein soziales Programm für die besonders Bedürftigen aufgestellt werden.

Abg. Dr. Wälder (D. V.) erklärte, ein Schutz der Vermieter sei heute notwendiger als ein Schutz der Mieter. Er begründete ferner einen von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag, wonach aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen werden sollen Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1500 und mehr Reichsmark in Stuttgart, 800 und mehr Reichsmark in Ulm, Heilbronn, Esslingen, Reutlingen, Tübingen, Göppingen, Ludwigsburg, Feuerbach und Zuffenhausen, 600 und mehr Reichsmark in den übrigen Städten mit über 10.000 Einwohnern, sowie in Hall und Ellwangen, 400 und mehr Reichsmark in den übrigen Gemeinden des Landes. Seit dem 1. April 1928 neu eingeführte Hausgebühren und Hausabgaben, sowie seit diesem Zeitpunkt eingetretene Gebührenerhöhungen sollen umgelegt werden können. Die Gemeinden sollen Bestimmungen treffen, wonach die Hausbesitzer berechtigt sind, Wohnräume für ihre Zwecke entschädigungslos in Geschäftsräume umzuwandeln, freiverwendende Wohnungen nicht wieder zur Vermietung zu bringen. Außerdem soll das Staatsministerium ersucht werden, rashestens durch die Wohnungskreditanstalt den Betrag von 5 Millionen zu vier Prozent für Instandsetzungsarbeiten von Altmwohnungen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Fischer (Komm.) bemängelte, daß die Wohnungen für die Arbeiter zu teuer seien. Abg. Hartmann (D. V.) verlangte den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Die Wohnungsnot werde überschätzt. Wenn so weitergebaut werde, so gebe es in wenigen Jahren einen katastrophalen Wohnungsüberschuß.

Die Anträge der Regierungsparteien und der Antrag Schüler wurden dem Finanzauschuß überwiesen, dagegen die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Nächste Sitzung voraussichtlich am Dienstag, 9. Dezember.

Württemberg

Stuttgart, 30. November.

Verbot der Gegenkundgebung. Die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner beabsichtigten, wie bereits berichtet, anlässlich der Hitlerversammlung in der Stadthalle eine Gegenkundgebung zu veranstalten. Wie verlautet, wird diese Kundgebung vom Polizeipräsidenten nicht oder nicht in der geplanten Weise gestattet werden. Während der Hitlerveranstaltung wird die Neckarstraße usw. für Umsätze gesperrt sein.

Warnung vor dem Kauf von Büchern aller Art im Weg des Hausierhandels. Von der Handwerkskammer Stuttgart wird uns geschrieben: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß auf dem meist im Weg des Hausierhandels vor sich gehenden Verkauf von Buchführungen (Geschäftsbüchern), sog. gemeinverständlichen Rechenbüchern und sonstiger Literatur, die man in Kreisen des gewerblichen Mit-

Mißmutig schickte er sich an, in seine Zimmer zu gehen, wie sie gesagt hatte. Einfach bestimmt hatte sie über ihn, ohne ihn zu fragen. Allerdings hatte er ihr früher gesagt, daß sie alles so einrichten solle, wie sie es für gut befände. Das hat er nun mit seiner Willfährigkeit und Gutmütigkeit.

Mit einem sich selbst verspottenden Lächeln betrat er seine Zimmer und war überrascht. Die gediegene Einrichtung des Arbeitszimmers verriet nicht nur einen auserlesenen Geschmack, sondern auch ein verständnisvolles Eingehen auf seine inneren Wünsche und seinen eigenen Geschmack, die sie ihm abzulauschen verstanden hatte.

Aller Groll gegen sie schwand, und das Herz schlug ihm hoch auf. So fein und zartfühlend konnte nur eine Frau sein, die liebte. Run schritt er in das nebenanliegende Schlafzimmer, das ebenfalls traulich und bequem eingerichtet war und überall die sorgende Hand verriet. Dennoch leuchtete er tief auf.

Er setzte sich auf einen Stuhl, stützte den Kopf in die Hände und blieb so sitzen.

Gedanken kamen und gingen — die Vergangenheit tauchte auf mit ihren hellen und dunklen Bildern, mit ihren Freuden und Leiden. Es zog an ihm vorüber, was er erlebt hatte — auch Miras Bild. — Es war ja alles tot und begraben, was jene ihm einst gewesen war und was er für sie empfunden hatte, aber eins wußte er, daß die ihn an ihrem Hochzeitstage nicht hier allein hätte sitzen lassen.

Da packte ihn ein brennender Schmerz. Ueber ihm im ersten Stock schlief sein junges Weib, und es war, als wenn nicht eine Decke, sondern eine Welt sie trennte.

Endlich stand er auf, drehte das elektrische Licht aus und begab sich zur Ruhe.

telstands unterzubringen hofft, von den Verkäufern bzw. deren Vertretern die amtlichen Berufsvertretungen des Handwerks insofern mißbraucht werden, als diese auf eine Empfehlung ihrer Schriften durch die Kammer, die in keiner Weise gegeben wurde, sich bei der aufgesuchten Kaufschaft berufen haben. Die Vorkommnisse der letzten Zeit veranlassen uns, darauf ganz besonders aufmerksam zu machen, daß wir grundsätzlich keine Empfehlungen irgendwelcher Art für den Vertrieb von Büchern erteilen. Die Kammer ist jedoch bereit, wenn die notwendigen Unterlagen ihr eingereicht werden, über die angebotenen Geschäftsbücher, Buchhaltungsschriften usw. auf Wunsch den Handwerkern sachverständige Gutachten abzugeben.

Ungetreuer Posthelfer. Durch die Aussicht auf eine mühevolle Nebeneinnahme ließ sich der 29 J. a. verh. Posthelfer E. K. aus Cannstatt verleiten, während eines Bestellschritts ein Wertpaket zu verbrechen und daraus 200 RM. zu entnehmen. Nachdem er die Umhüllung wieder in Ordnung gebracht hatte, stellte er das Paket dem Empfänger zu. Der Verdacht fiel sofort auf ihn, doch konnte ihm nichts nachgewiesen werden. Nach einiger Zeit legte er seine Eingriffe fort, die ihm neben einem Photo noch 180 RM. Bargeld eintrugen. Beim letzten Päckchen, das er erbrochen, war er jedoch an ein Fangpaket geraten, das rote Farbe enthielt, so daß er sich selbst zeichnete und auf diese Weise entlarvt werden konnte. Für diese Entleitung vom erweiterten Schöffengericht Stuttgart zur Verantwortung gezogen, erhielt der geständige Angeklagte eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und einem Monat, sowie eine Geldstrafe von 20 Mark.

Der Waldbesitzerverband hält seine 13. Jahresversammlung am 13. Dezember 1930 vormittags hier im Hindenburg-Gelände ab. Die Tagesordnung sieht u. a. Vorträge über Deutschlands wirtschaftliche Lage von Universitätsprofessor Dr. R a b - Dresden, über die heutige Lage der Gemeinde- und Privatwaldwirtschaft von Forstmeister Dr. D a n n e - Stuttgart, sowie eine Aussprache zum bevorstehenden Holzabfuhr vor.

Evangelische Gesellenheime in Süddeutschland. Dem Beispiel des verdienstvollen Gründers der „Kolping-Gesellenvereine“ folgend, die so Verdienstvolles für die wandernden Gesellen leisteten, ist nunmehr auch eine „Gesellschaft zur Erstellung evangelischer Gesellenvereine“ in Süddeutschland in Gründung begriffen. Der Vater des Gedankens ist der Kölner Malermeister Veithaus, dessen Vorarbeiten in Köln bereits gute Erfolge gezeitigt haben. Auch in Stuttgart will man den Plan der Verwirklichung näher bringen, und es verlautet bereits, daß eine große württembergische Baugenossenschaft sich für diese neue Idee, die bei der segensreichen Saat, die sie ausstreut, sich um das Zustandekommen dieses Planes sehr interessiert.

Stuttgart, 30. Nov. Schmiergelder. — Amtsuntererschlagung. Gestern vormittag wurde vom Amtsgericht Stuttgart ein städtischer Beamter, der beim Tiefbauamt den Posten eines Obersekretärs innehatte und im Außendienst als Bauführer beschäftigt war, zu einer Geldstrafe von 80 Mk. verurteilt, weil er sich von einer Stuttgarter Baufirma hatte Bestechungsgelder geben lassen. Nach dem gestrigen Urteil wird nun, wie die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet, gegen den Beamten, der zurzeit immer noch beim Tiefbauamt beschäftigt ist, auch ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Wegen die Baufirma, die noch in zahlreichen anderen Fällen Beamte bestochen haben soll, ist ein Strafverfahren im Gang.

Weitere Senkung von Fleischpreisen. Die Stuttgarter Fleischerinnung gibt bekannt, daß sie weitere Ermäßigungen in Fleisch- und Wurstpreisen vom gestrigen Samstag ab eintreten läßt: Rindfleisch 1. Güte kostet in den Läden ihrer Mitglieder nun 1.05 RM., Rindfleisch 2. Güte 90 Pfg. das Pfund, Kalbfleisch 1. Güte 1.10, 2. Güte 90 Pfg. bis 1 RM., Kalbfleisch 65—80 Pfg., Hammelfleisch 1.10—1.25 RM., Schafschweinefleisch das Pfund 1.30 RM., das Stück 30 Pfg., Saitenwürstchen 1.30 RM. und 22 Pfg., Schinken gekocht 2 RM. das Pfund.

Aus dem Lande

Heilbronn, 30. Nov. Gasexplosion. Eine in den 40er Jahren stehende Frau hatte vermutlich den Gasbehälter geöffnet, um aus dem Leben zu scheiden. Die ausströmenden Gase entzündeten sich wahrscheinlich durch die im Herd noch glimmenden Kohlen und verursachten eine Explosion. Da die Küche direkt unter dem Dach des einstöckigen Hauses sich befindet, wurde dieses teilweise abgedeckt, außerdem wurden die oberen Seitenwände eingedrückt. In der näheren Umgebung sind verschiedene Fensterbänke zertrümmert worden. Die Feuerwehr fand die Frau bewusstlos unter den Trümmern auf und lieferte sie ins Krankenhaus ein.

Neckarsulm, 30. Nov. Mahnung zur Vorsicht. In Schweigern (bad. Wauian) streifte sich ein vierjähriger Bub eine Bohne in die Nase, die in der Klinik zu Würzburg entfernt werden mußte. — Ein sechsjähriger Bub aus Mannheim, der dort zu Besuch weilte, häppte in eine Nadel, die durch eine Zehe drang. Sie mußte im Krankenhaus Vorgeberg entfernt werden.

Beinstein O. Waiblingen, 30. Nov. Brand. Nachts entstand in dem Anbau zum Wohnhaus der Familie Holm am westlichen Ortsausgang ein Brand, der von den Hausbewohnern und der Ortsfeuerwehr bekämpft wurde. Dem Feuer fielen vier Ziegen und zwei Schweine zum Opfer. Die Brandursache ist unbekannt.

Hall, 30. Nov. Im Jähzorn das eigene Kind getötet. Das Schwurgericht hat den am 27. März 1905 in Riedern O. Hall geborenen und in Heimbach Ode. Michelfeld wohnenden verheirateten Schmiedgesellen Friedrich W i n d m ü l l e r wegen eines Verbrechens der Körperverletzung mit Todesfolge zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte ging, wie das Haller Tagblatt berichtet, am Montag nach Michelfeld, trank dort drei Glas Bier und kam gegen 5½ Uhr wieder nach Heimbach zurück. Da er haben wollte, daß sein Knabe ebenso wie andere Kinder werde, verlangte er von ihm, daß er das Wort „ja“ sage, was der Knabe eben nicht tat, sondern nur nickte und „na“ sagte. Hierdurch verärgert, stieß der Angeklagte den Knaben mit der Faust auf die Stirn, faßte ihn mit beiden Händen an der Brust und mit den Worten: „Du Schuft, willst du jetzt „ja“ sagen oder nicht!“ stieß er ihn mit dem Hinterkopf so auf den Fußboden, daß der Knabe sofort Beine und Arme bewegungslos hängen ließ und alsbald starb.

Im Diakonissenhaus gestorben. Der am Donnerstag auf der Landstraße Michelfeld-Hall verunglückte Eugen Wolf ist an den Folgen seiner inneren Verletzungen im Diakonissenhaus gestorben.

Rindsmord. Dieses Frühjahr wurde am Rechen der Mühle in Untermünkheim ein neugeborenes totes Kind angeschwemmt. Den hiesigen Landjägerbeamten ist es gelungen, die Mutter zu ermitteln und nebst einer Mittäterin in Haft zu nehmen.

Unterdeuffletten O. Crailsheim, 30. Nov. In der Fremde gestorben. In Hollenbach bei Neuburg a. D. wurde in einem unbewohnten Nebengebäude das dem Gastwirt Paul Ruffinger gehört, die Leiche des heimatischen ledigen Händlers Anton Mahler von hier gefunden. Die Leiche dürfte schon drei bis vier Wochen dort gelegen sein. Es wurde festgestellt, daß Mahler an einem Herzschlag gestorben ist. Er war 58 Jahre alt, befand sich auf der Wanderschaft und hatte wohl in dem Nebengebäude in der Nacht Unterschlupf gesucht.

Neresheim, 30. Nov. Bachkorrektur im Ries. Die Verbesserung des Flußlaufs der Eger und Sechia im Oberamtsbezirk Neresheim, nämlich von Ißlingen bis zur bayerischen Grenze bei Nördlingen auf eine Länge von etwa 10 Kilometern ist nunmehr zu drei Fünfteln durchgeführt. Die gesamten, auf die neun beteiligten Gemeinden und Teilgemeinden (Ißlingen, Kerkingen, Meisterstall, Kirchheim, Oberdorf, Bopfinger, Fochberg, Trochelfingen, Ummemingen) entfallenden reinen Kosten, also namentlich nach Abzug der großen Staatsbeiträge (50 Prozent) betragen rund 530 000 RM. Den größten Aufwand haben die Gemeinden Trochelfingen (175 000 RM.) und Bopfinger (123 000 RM.). Die bis jetzt fertigen Arbeiten kosteten die Gemeinden 330 000 RM. und unfertig sind noch Arbeiten, die die Gemeinden 200 000 RM. kosten. Auf den Markungen Ißlingen, Kerkingen, Meisterstall, Kirchheim und Ummemingen ist ganz korrigiert, auf den anderen Markungen streckenweise. Die Amtskörperschaft Neresheim hat den Gemeinden einen Zuschuß von 20 000 RM. gewährt. Das ganze Unternehmen kommt auf über 1 Million RM. zu stehen. Derzeit ruhen die schon 5 Jahre dauernden Arbeiten. Im nächsten Frühjahr soll die Korrektur fortgesetzt werden.

Rottweil, 30. Nov. Die Waldnutzung. Die Waldnutzungspläne für das Jahr 1931 wurden vom Forstamt aufgestellt und vom Gemeinderat genehmigt. Danach beträgt das Nutzungssoll bei der Stadtpflege 11 287 Fm., bei der Armenfondspflege 9593 Fm. Der letzte Sturm hat in den städtischen Waldungen einen ziemlich großen Schaden angerichtet. Der Anfall an Windfallholz dürfte 3000—4000 Festmeter betragen, welche an den obigen Nutzungen wieder abgehen.

Friedrichshafen, 30. Nov. Föhn. Im Gondelhafen hat der Föhnsturm in der Nacht zum Freitag arg gehaust. Die westliche Landungsbrücke ist in drei Teile zerbrochen worden, die nun völlig von einander abgetrennt sind. Der Schaden ist beträchtlich. Auch der Landungssteg vor der Uferstraße hat sich an seinem östlichen Ende etwas gelockert. Gegen zwei Uhr wurde östlich über Romanshorn eine mächtige Feuerwolke wahrgenommen, anscheinend von einem großen Brand herrührend.

Lauffen a. N., 30. Nov. Arbeiterentlassungen. Wie die Neckarglocke hört, sieht sich auch die Firma Gustav Mugler AG. genötigt, ihren sämtlichen Arbeitern auf Jahreschluß zu kündigen. Die Fa. Mugler beschäftigt zurzeit rund 1000 Arbeiter in Lauffen und in ihren Filialbetrieben, die ausnahmslos von der Kündigung betroffen werden, falls die Tabaksteuernovelle zum Gesetz erhoben wird.

Tübingen, 30. Nov. Von der Universität. Der Staatspräsident hat die ordentliche Professur für systematische Theologie an der evang.-theol. Fakultät dem ordentlichen Professor D. Dr. Wehrung an der Universität Halle übertragen.

Eine Schwäbin erste deutsche Apotheken-Konzessionarin. Die Konzession zur Errichtung einer Apotheke in Kirchentellinsfurt O. Tübingen wurde, wie dem „Schwäbischen Merkur“ berichtet wird, der Apothekerin Hedwig Fink in Tübingen erteilt. Fräulein Fink ist die Tochter des ehemaligen Rektors der Tübinger Realanstalt Dr. Karl Fink.

Von der bayerischen Grenze, 30. Nov. Der rote Fahn. In Mindelheim ist das Anwesen des Landrats Seig mit sämtlichen Futtermitteln und Baumaterialien einem Brand zum Opfer gefallen. — Mitten in der Nacht ist in Lauingen das Gasthaus zu den „Drei König“, Besitzer Schiffholz, abgebrannt. Da das Feuer an mehreren Stellen ausbrach, ist Brandstiftung anzunehmen.

Vom bayrischen Allgäu, 30. Nov. Der betrügerische Preisschäfer. Das Schöffengericht Kempten verurteilte den 40 J. a. Polier Michael Hebel von Immenstadt wegen Urkundenfälschung zu drei Monaten 15 Tagen Gefängnis. Hebel hat als zweiter Schützenmeister der Schützengesellschaft Immenstadt sein eigenes Schießblatt bei einem Preisausschreiben in Immenstadt gefälscht, so daß ihm damals alle ersten Preise zufielen. Im Mai 1930 wollte er in Waichach als Ausschußmitglied bei einem Preisschießen daselbe Manöver ausführen, wurde aber abgefaßt. Er erhielt Bewährungsfrist bis 1935 unter der Bedingung, daß er innerhalb 2 Jahren 90 Mark an die Schützengesellschaft zurückerstattet.

Staugenwies in Hohenz., 30. Nov. Vom Starkstrom erfaßt. Frau Betriebsleiter Holz vom hiesigen Elektrizitätswerk kam der elektrischen Leitung beim Fensterreinigen zu nahe. Sie wurde zu Boden geschleudert und erlitt schwere Verletzungen.

Lokales.

Wildbad, den 1. Dezember 1930.

Film-Vorführung. Am Dienstag, den 2. d. M. läuft abends 8 Uhr im Hotel zur Linde, Wildbad ein sehenswerter Film der Maggi-Gesellschaft. Er zeigt schöne Bilder aus dem Hegau und vom sagenumwobenen Hohentwiel und schildert dann den Werdengang der Maggi-Erzeugnisse von der Gewinnung der Rohstoffe an bis zum Versand der Fertigprodukte. Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern den Besuch; der Eintritt ist frei.

Anstands- und Servierkurs. Frauen und Töchter seien auf den übermorgen Mittwoch im Hotel Sonne hier beginnenden Anstandslehre, Tischdeck und Servierkurs hingewiesen, der unter persönlicher Leitung der Begründer dieser Kurse, Schusters Institut für zeitgemäße Frauenbildung, Stuttgart, steht. Damen, die auf ein modernes gediegenes Hauswesen Wert legen, sollten die Gelegenheit nicht verpassen und diesen nützlichen und praktischen Kursus besuchen, zumal er zu ermäßigtem Kursgeld gegeben wird. Näheres im heutigen Inseratenteil.

Ständchen. Im Namen der Frau Geheimrat Huber brachte gestern abend der „Liedertranz“ Herrn Valentin Herch anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums, über das wir am Samstag berichteten, ein wohl gelungenes Ständchen dar. Die Sänger hatten dem Ruf zahlreich Folge geleistet und war der Jubilar sichtlich erfreut über die Ehrung.

Fußball. Die erste Mannschaft des Fußballvereins Wildbad hatten gestern zum Verbandsspiel den F. C. Biffingen als Gast und konnte seinen stärksten Gegner mit 6:2 Toren besiegen. Näherer Bericht folgt.

Keine Beschränkung billiger Weihnachtsreisen. Der Tarif stellt es den Eisenbahnverwaltungen frei, die Vergünstigung für Gesellschaftsfahrten mit 25 v. H. Ermäßigung zu Zeiten besonders gesteigerten Verkehrs, z. B. zu Weihnachten, zu versagen. Um ein billigeres Reisen auch in den Weihnachtsfeiertagen zu ermöglichen, ist einheitlich angeordnet worden, daß im Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft von einer Beschränkung der Gesellschaftsfahrten zu Weihnachten abzusehen ist. Auch Schül- und Jugendpfergefahrten sollen, wie bisher schon, nicht beeinträchtigt werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Partelaustritt. Im Minden-Ravensberger Land sind der Schriftleiter der Zeitschrift „Aufwärts“, Dr. H u t t e l, und der wirtschaftliche Leiter der Bodenschwingischen Bethel-Anstalten in Bielefeld, Graf B a u d i s s i n, aus der Partei des Christlich-sozialen Volksdienstes ausgetreten, weil die Partei für den soz. Reichstagspräsidenten L ö b e gestimmt hat.

Die abgelehnten Strefemannkarten. Der „Strefemannbank“, eine Gründung von Freunden des verstorbenen Reichsministers, hatte an die Studierenden der Technischen Hochschule in München einen größeren Posten von „Strefemann-Postkarten“ zu Werbezwecken zugesandt. Der Ausschuß der Studentenschaft hat die Postkarten zurückgegeben mit einem Begleitschreiben: „Da wir der Ansicht sind, daß die deutsche Jugend dem betreffenden Herrn zu allem andern eher als zu Dank verpflichtet sind, senden wir Ihnen die Postkarten zurück.“

Aus dem Berliner Sumpf. Die Staatsanwaltschaft 1 in Berlin hat nunmehr die Untersuchung gegen den Kaufmann L e m i n und den früheren Vorstand der städtischen Anschlagungsgesellschaft in Berlin, L a u b r i n u s, wegen Bestechung und Untreue eröffnet.

Mord. Im Zimmer neben ihrem Laden wurde die 67jährige Inhaberin eines kleinen Süßigkeitengeschäfts in Berlin ermordet aufgefunden. Es handelt sich anscheinend um einen Raubmord.

Ratten und Mäuse auf der Flucht vor dem Hochwasser. Als ein Paddelboot auf die im Rhein liegende Hammerkeiner Insel zu steuerte, bemerkten die Paddler auf den aus dem Wasser ragenden Kronen der Bäume und Sträucher eine gräßliche bewegliche Masse. Beim näheren Heranfahren stellten sie fest, daß die Mäste und Sträucher von Mäusen und Ratten, die sich vor dem Hochwasser geflüchtet hatten, besiedelt waren. Bei einem Schlag mit dem Paddel an einen Baumast stürzten gegen hundert Mäuse und Ratten ins Wasser und versuchten in wilder Hast auf dem Paddelboot Zuflucht zu nehmen. Nur durch eine schnelle Drehung des Boots konnte das Eindringen der ungeliebten Gäste verhindert werden, die ertranken.

Dufric verhaftet. Der Bankier Dufric in Paris ist nunmehr wegen großer Betrügereien, die bis ins Jahr 1927 zurückreichen, verhaftet worden.

Das österreichische Kabinett Vaugin ist zurückgetreten. Die Kabinettsbildung hat der Vorarlberger Handeshauptmann Dr. Ender übernommen.

Do X beschädigt. In Lissabon geriet der linke Flügel des Flugschiffs Do X in Brand und wurde ganz zerstört.

Drei Lebensmittelgeschäfte wurden in Berlin von Arbeitslosen gestürmt und geplündert.

Untererschlagung. Bei der Berliner Polizei stellte sich der 45jährige Bankinhaber A. S e c u r i u s mit der Angabe, daß er 200 000 Mark Depotgelder unterschlagen habe. Er wurde in Haft genommen.

Sport

Noch ein deutscher Reiterieg. Das Internationale Reitturnier in Toronto (Kanada) fand am Donnerstag abend einen glanzvollen Abschluß. Die deutschen Reiter hinterließen den denkbar besten Eindruck; wieder war es O b t. H a s s e auf „Derby“, der den deutschen Farben mit einem fehlerlosen Ritt im Armees-Jagd-springen zum Erfolg verhalf. Die nächsten Plätze belegten Major Timmis (Kanada) und Capt. Bradford (U.S.A.) vor O b t. Ramm auf „Fridericus“, der Siebenter wurde. Nach Beendigung der Konkurrenz war die Halle Schauplatz einer eindrucksvollen Schlussfeier. Die Reiter sämtlicher Nationen standen gruppenweise hinter ihren Landesflaggen und nach den Abschiedsworten des Turnierleiters spielte die Kapelle die Nationalhymnen der beteiligten Länder.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Das Buttergeschäft ist in der vorigen Woche immer stiller geworden. Die Nachfrage hat, wie gewöhnlich zum Monatsende, nachgelassen, verringert durch den recht ansehnlichen Vorrat an Gänsefleisch. Die Gänse sind nämlich, dem allgemeinen Fleischpreisrückgang folgend, ebenfalls beträchtlich billiger geworden. Nur die vornehmlichen Vorkäufe von Butter, die vor Intrafretzen des autonomen Zollzuges von 30 Mark am 27. November gemacht worden waren, haben an einzelnen Plätzen vorübergehend eine festere Haltung des Marktes bewirkt. Ohne die Zollherabsetzung wären aber wahrscheinlich die Preisrückgänge noch größer gewesen. Die Kemptener Notierung blieb mit 117—123 Mark behauptet, der süddeutsche Markt hat sich überhaupt fester gehalten als der mittel- und norddeutsche.

Für die meisten Käseorten blieb das Geschäft ruhig und stetig. Die Preise für Emmentaler wie für Weichkäse blieben unverändert; letzterer zeigte besonders feste Haltung, während bei Hartkäse das Geschäft ruhig blieb.

Im Eiergeschäft bestanden die Absatzschwierigkeiten fort. Das Angebot an Frischwaren war etwas größer, die Nachfrage ist aber trotz der rückläufigen Preise bei der zunehmenden Arbeits-

Isosäure weiter gefunken. Große und schwere Eier haben um etwa 1 Pfg. nachgegeben; sie sind vielfach um 3 Pfg. billiger als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Die Nachfrage richtete sich in der Hauptsache auf die kleineren und auf die billigen osteuropäischen und die Stühlfäule. Der Umsatz beträgt im Groß- und Kleinhandel, trotzdem die Preise etwa um 1/2 Pfennig gewachsen sind, höchstens zwei Drittel des normalen Umsatzes um diese Zeit.

Der Kartoffelgeschäft hat die Besserung angehalten; nennenswerte Preisverbesserungen konnten aber nicht mehr durchgeführt werden.

Der Schlachtviehmarkt zeigte wenig Veränderung; doch zeigten die Preise vielfach mehr Neigung nach unten als Stetigkeit. Auch hier waren die süddeutschen Märkte aber etwas stetiger und Preisrückgänge konnten sich teilweise wieder etwas erholen. Der größere Verkehr von Wild und Geflügel ist aber allenthalben fühlbar.

Die Preisentwicklung in Italien

Die italienische Kammer hat beschlossen, die Bezüge der Abgeordneten um 12 1/2 v. H. herabzusetzen. Der Vorsitzende des Industrieverbands hat beschlossen, alle Aktiengesellschaften aufzulösen, die Lantlemen der Vorsitzenden und Verwaltungsräte um 25 v. H. zu kürzen. Die Leiter der industriellen Unternehmungen haben ihrerseits eine 12prozentige Kürzung ihrer Gehälter beschlossen. Am 1. Dezember werden die Eintrittspreise der Theater und Kinos um 10 v. H. ermäßigt.

Die Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände der Industrie haben dem Regierungschef eine Vereinbarung zur Genehmigung unterbreitet, wonach die Löhne der Arbeiter um 8 v. H. und die Gehälter der Industriangestellten um 8-10 v. H. herabgesetzt werden.

Berliner Dollarkurs, 29. Nov. 4,1905 G., 4,1985 B.
Dt. Abl.-Knl. 52,50.
Dt. Abl.-Knl. ohne Ausl. 5,50.

Berliner Geldmarkt, 29. Nov. Tagesgeld 6-8, Montagsgeld 6,5-8, Warenwechsel 5,5 v. H.

Reichsbankdiskont 5, Bombard 6 v. H.

Privatdiskont 4,875 v. H., kurz und lang.

Reichssteuererinnahmen im Oktober. An Reichssteuern sind im Oktober insgesamt 1099 Mill. Mk. aufkommen, und zwar an Besitz- und Verkehrssteuern 771,8 Mill. Mk., an Zöllen und Verbrauchsteuern 327,2 Mill. Mk. Bei der veranlagten Einkommensteuer betragen die Einnahmen 244,2 Mill. Mk., bei der Körperschaftsteuer 84,6 Mill. Mk., bei der Umsatzsteuer 192,6 Mill. Mk.

Tariffestellungen bei der Reichsbahn. Im Preisfestlegungsausschuss des Reichskabinetts wurde am Freitag die Möglichkeit der Senkung einzelner Tarife nach Vorschlägen des Reichsverkehrsministers besprochen, deren Betrag von der Reichsbahn auf 30 bis 40 Mill. Mk. Mindereinnahmen geschätzt wird. Die Vorschläge werden nun dem Gesamtkabinetts vorgelegt.

Schlechte Aussichten für Auslandsanleihen in Amerika. Vom Auswärtigen Amt in Washington wurde erklärt, die amerikanischen Banken haben gegenwärtig große Schwierigkeiten, ausländische Schuldverschreibungen unterzubringen, da das amerikanische Publikum geringe Kauflust für solche Anleihen zeigt. — Die Erklärung deutet wohl eine Abgabe an den früheren italienischen Minister Toglioli, der gegenwärtig in Neapel und Washington versucht, eine Anleihe für Italien aufzunehmen.

Die Nordbayerische Verkehrsflug-V.G. in Nürnberg, die bereits Mitte des Jahres einen Interkommunikationsvertrag mit Deutschen Luftlinien AG. abgeschlossen hat, beruft auf den

Dezember eine ad. H.R. ein, die über die Erhöhung des Kapitals um 500 000 M auf 1 Mill. Mk. durch Ausgabe von auf den lautenden Aktien von je 1000 M zum Nennbetrag 7 Aktien n. soll. Außerdem wird vorgeschlagen, die G. in „Deutsche Verkehrsflug AG.“ abzuändern.

10 Prozent Dividende bei der Württ.-Hohenz. Brauereigesellschaft, Stuttgart. In der Aufsichtsrats-Sitzung wurde beschlossen, auf den 7. Januar 1931 einzuberufenden Generalversammlung Verteilung einer Dividende von 10 v. H. wie im Vorjahr vorzuschlagen.

Neugründung. Mit dem Sitz in Tübingen ist die Schwaben Hypothekendarlehnungs- und Kaufmann-Aktiengesellschaft gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von Darlehen zur Ablösung von dinglichen Belastungen an Grundstücken, zum Erwerb von Liegenschaften und zur Errichtung von Wohnbauten. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 200 000 Mk. Vorstand ist Otto Argent, Kaufmann in Tübingen.

Gesetzliche Forderungen. Gegenwärtig wird vor dem Gericht in Würth. B. ein Prozess gegen Wurstfabrikant Bauernfreund in Würth. B. anhängig. Er ist angeklagt, durch Erleichterung von Einkaufsbedingungen auf ausländisches Gefrierfleisch bedeutende Mengen Gefrierfleisch betrügerisch zur Wurstfabrikation verwendet zu haben. Die falschen Bescheinigungen erhielt er von seinem „intimen Freund“, einem Ministerialrat, der an der Reichsfleischstelle in Berlin tätig war und der regelmäßig große Wurst- und Fleischsendungen von Bauernfreund erhielt. — Der Prozess zeigt wieder, wer die Hauptinteressenten an der freien Gefrierfleisch-

Das Lohnabkommen in der Uhrindustrie vom 1. August 1929 ist auf 31. Dezember vom Arbeitgeberverband gekündigt worden, der eine Herabsetzung des Lohns von 79 auf 71 Pfg. in der Stunde verlangt.

Verbesserung der Briefpost nach Neapel. In der Briefpostbeförderung nach den Vereinigten Staaten mit Durchgangsländern tritt vom 1. Dezember an infolge einer Verbesserung ein, als der Postschiff für derartige Sendungen aus Nord-, Mittel- und Westdeutschland um etwa zehn Stunden später gelegt wird. Die Schlusspost wird von dem genannten Zeitpunkt an den nach Neapel fahrenden Schiffen in Cherbourg zugeführt. Sie nimmt ihren Weg über die Bahnpost 10. Köln-Herbesthal. — Im Verkehr zwischen Deutschland und Rumänien wird vom 1. Dezember an der Postauftragsverkehr auf Grund der Postvereinbestimmungen ausgenommen werden. Von demselben Tag an sind im Verkehr mit Griechenland Päckchen bis zum Höchstgewicht von einem Kilogramm zugelassen.

Der Jahresverband des Rheinisch-Westfälischen Reviers hat den Gehalts- und Lohnsatz auf 31. Dezember gekündigt.

Stuttgarter Börse, 29. November. Die gestrige Aufwärtsbewegung konnte sich an der heutigen Börse leicht fortsetzen, die Kurse waren durchweg etwas höher, Umsätze sind noch gering. Schluss freundlich.

Berliner Getreidemarkt, 29. Nov. Weizen märk. 24,00-25, Roggen 14,70-14,90. Braugerste 19,40-21,60. Futter- und Industrieernte 17,80-18,50. Hafer 13,70-14,20. Weizenmehl 29-37, Roggenmehl 0-60prozent. 23,50-26,50. Weizenkleie 8,60-9, Roggenkleie 8,35-8,75.

Berliner Metallmarkt. Elektrolytkupfer prompt eif. Hamburg, Bremen, Rotterdam 110,25.

Bremer Baumwolle, 29. Nov. Middl. Univ. Stand. loco 11,62.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 29. November. Tafeläpfel 25-40; Tafelbirnen 25-40; Walnüsse 40-50; Kartoffeln 3-4; Kopfsalat 8-12; Endivienalat 6-10; Wirting (Rohtraut) 5-6; Filderkraut 2-3; Weichtraut (rund) 3-4; Rosttraut 4-6; Blumentraut 20-70; Rosenkohl 10-20, dto. 1 Pfd. 20-25; rote Rüben 6-8; gelbe Rüben 5-6; Karotten (runde) 10-20; Zwickel 4-6; Gurken (große) 20-60; Kettische 5-8; Monatsrettiche 10-12; Sellerie 10-20; Tomaten 20-45; Schwarzwurzeln 30-35; Spinat 12-15; Kopffohlraben 4-6.

Steuerterminkalendar der Landwirtschaft im Dezember

1. Dez.: Staats- und Gemeindesteuer (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Gebäude-Entschuldigungssteuer).
5. Dez.: Lohnsteuer.
20. Dez.: Lohnsteuer.

Im Lauf des Monats Dezember werden in verschiedenen Finanzamtsbezirken die Einkommensteuerbescheide für das Wirtschaftsjahr 1929/30 ausgegeben und die Abschlusszahlungen einverlangt. Die Einspruchsfrist beträgt einen Monat. Hat der Bandwirt berechtigten Grund zum Einspruch, darf er diese Frist nicht veräumen, da sonst der Bescheid rechtskräftig wird, d. h. er ist nachher trotz aller guten Gründe nicht mehr anfechtbar.

Wetter

Die Wetterlage wird noch von Tiefdruck beeinflusst, so daß für Dienstag zeitweilig bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

EINLADUNG!

Am Dienstag, dem 2. Dezember, abends 8 Uhr, wird im Hotel zur Linde, Wildbad, der Film

„Die Maggi-Werke in Singen am Hohentwiel“

vorgeführt. Er zeigt interessante Bilder aus dem großen deutschen Nahrungsmittelwerk. Nach der Vorstellung werden Kostproben von Maggi's Erzeugnissen gratis verabreicht.

Eintritt frei!

Gäste herzlich willkommen!

Hausfrauenverein Wildbad.

Für Frauen und Töchter

beginnt in diesem Jahr, um die beliebten Kurse jeder Dame zu ermöglichen, Schusters Institut für zeitgemäße Frauenbildung Stuttgart, das auch Begründer dieser Kurse und Verfasser des Buches: „Der gute Ton“ sowie Leiter großer Kunst- und Fachausstellungen auf diesem Gebiete ist, bei ermäßigtem Kurspreis einen letzten billigen, zweekmäßigen

Tischdeck- und Servier-Kurs.

Praktische Übungen im modernen Tafeldecken, Tafelschmücken, Servieren, Serviettenbrechen. Vornehme Gastlichkeit, Umgangsformen. Vorbereitungen gesellschaftlicher Veranstaltungen aller Art. Empfang und Platzierung der Gäste. — Einladungen, Vorstellungen. Besuche, Visiten. Verhaltensmaßregeln für Bedienung, Gastgeber und Gäste. — Kursgeld statt Mk. 6.— nur Mk. 3.—.

Anmeldung bei Kursbeginn Mittwoch, 3. Dez., Hotel Sonne hier für Tageskurs um 3 Uhr, Abendkurs 8 Uhr. Freundinnen werbet untereinander, damit ein recht netter Kurs zustande kommt.

Halt! Mit „Expresß“ färbt man kalt!

Praktische Vorführung und Erläuterung mit den kaltsäurefärbenden Expresß-Batik-Stofffarben am Dienstag den 2. Dezember 1930.

Jedem Besucher wird ein kleiner Gegenstand von fast jeder Art in 1 bis 5 Minuten gefärbt oder gebatikt, welcher sofort wieder mitgenommen werden kann. Vorführung in der

Eberhard-Drogerie / K. Plappert wozu alle Hausfrauen freundlichst eingeladen werden.

Endlich wieder einmal ein wirklich originelles Würfelenspiel, welches auch Erwachsene leidenschaftlich spielen.
Das neue Argerspiel Krrrum um's Eck
oder
Es ist schon zum Kuckuckholen.
Schon allein das Zusehen ist so spannend wie das Mitspielen. Eine ganze Tischgesellschaft unterhält sich damit, weil die Zuschauer, wie beim Wettrennen, hier auf eine bestimmte Farbe setzen.
Kinder, schreibt heuer unbedingt auf Euren Wunschzettel ein Krrrum um's Eck und Ihr werdet Euch an den langen Winterabenden köstlich amüsieren. Man holt sich das Spiel für Mark 1.— oder 1.50 bei
Rich. Plannitzel, Wilhelmstr. 23.



Der Weihnachts-Verkauf hat begonnen!

Wer jetzt die riesigen Vorteile meines Weihnachts-Verkaufes in **Damen-, Mädchen- und Kinder-Bekleidung**

nicht ausnützt, versäumt die günstige Gelegenheit, gute, herrliche Waren **viel billiger** als je zu kaufen

C. Berner

Ecke Metzger- und Blumenstrasse

BITTE UM BESICHTIGUNG MEINER 8 SCHAUFENSTER



In Wildbad: In der Eberhard-Drogerie K. Plappert.

Weingut Erwin Geil - Eimsheim bei Oppenheim a. Rhein empfiehlt zu Weihnachten **seine la. Faß- u. Flaschenweine** Nur eigenes Wachstum. Verlangen Sie ohne Kaufzwang Proben und Preise mittels Postkarte von meiner **Verkaufsstelle Carl Schmid, Wildbad Paulinenstraße 129.**

Ob leer der Laden oder voll, das Inferat nie fehlen soll!

Zurück!
Dr. Weidner
Krankheiten der Zähne und der Mundhöhle.
Fernruf 289.
Wiederbeginn der Sprechstunde am **Mittwoch, 2.30 Uhr**

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM**
Buch- und Papierhandlung.

Musik-Schule Wildbad
Charlottenstraße 40
Gründliche, faßmäßige Ausbildung nach Hochschulmethode.
Eintritt jederzeit, auch für auswärtige Schüler.
Mäßiges Honorar im Abonnement. Beratungen gern und kostenlos.
Ernst Müller
Musikdirektor.

Wildbad, 1. Dezember 1930.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen
Christian Schmid Privatmann
in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Besonders danken wir auch Herrn Stadtpfarrer Dauber für seine trostreichen Worte, dem Jungfrauenverein für den schönen Gesang, für die vielen Blumen Spenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte.
Die trauernden Hinterbliebenen.